

Erfurter Leitsätze - Aufbruch '99

Präambel

1. Die Erfurter Leitsätze beschreiben den Ausgangspunkt unserer Arbeit in diesem Jahr und die Themenschwerpunkte für unsere Arbeit in den nächsten Jahren. Sie benennen in wichtigen Feldern die Fragen, auf die wir Antworten finden müssen, um im Jahre 2002 wieder auf Bundesebene Regierungsverantwortung übernehmen zu können, ganz nach der Devise: Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen.

Neue Antworten brauchen wir, weil sich die gesellschaftlichen Realitäten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert rasant verändern. Die Erfurter Leitsätze bauen dabei auf unserem Grundsatzprogramm des Jahres 1994 auf, das wir als erste Partei nach der Deutschen Einheit als gesamtdeutsches Programm beschlossen haben. Sie schließen zudem an unser Zukunftsprogramm des Jahres 1998 an.

Die Erfurter Leitsätze sind keine umfassende Beschreibung unserer Position in allen Themenbereichen und schon gar nicht so etwas wie ein neues Grundsatzprogramm. Sie konzentrieren sich vielmehr auf wesentliche Aufgabenstellungen, in denen die Weiterentwicklung unserer Position erforderlich ist.

Bei aller Veränderung wird sich die CDU dabei von ihrem Koordinatensystem leiten lassen, das sich aus dem christlichen Bild vom Menschen und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ergibt. Wir sind die Volkspartei, in der Werte Zukunft haben. So können wir dann auch eine Partei sein, die für eine Gesellschaft eintritt, in der Neues und Modernes, in der Veränderungen für die Menschen nicht Ängste und Sorgen bedeuten, sondern Geborgenheit, Heimat und Zukunft verkörpern.

Die Erfurter Leitsätze beschreiben die Wegstrecke, die vor uns liegt. Sie setzen den Rahmen für notwendige Entscheidungen sowohl für eine schlagkräftige Struktur der Partei als auch für unsere inhaltliche Weiterentwicklung. Sie beschreiben damit den Aufbruch '99.

I. Wo Werte Zukunft haben:

Wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas werden

Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen

2. Wir, die CDU Deutschlands, wollen die Mehrheit im Bund zurückgewinnen. Das Ergebnis der Bundestagswahl am 27. September 1998 hat uns die Oppositionsrolle zugewiesen. Wir haben diese Aufgabe angenommen und erfüllen sie in dem Verständnis, daß die Opposition von heute die Regierung von morgen ist.

1999 ist für die CDU das Jahr des Aufbruchs. Alle Ebenen und Gliederungen sind aufgefordert, dieses Signal mit ihrer Arbeit auszusenden und so die Voraussetzungen für die Zurückgewinnung der Mehrheitsfähigkeit zu schaffen. Dabei geht es zunächst darum, über Länder und Kommunen den politischen Einfluß der CDU wieder zu stärken. Als die deutsche Europapartei wollen wir bei den Wahlen zum Europäischen Parlament stärkste politische Kraft bleiben.

Wir geben neue Antworten auf neue Fragen

3. Der Sieg der freiheitlichen Grundordnung in weiten Teilen der Welt sowie neue technologische Möglichkeiten beschleunigen die Entwicklung zu modernen Informations- und Wissensgesellschaften, die dem einzelnen neue Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Die Politik hat die Aufgabe, diesen Wandel mitzugestalten und ihm ein menschliches Gesicht zu geben.

Angesichts des raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels haben Fragen nach Geborgenheit, sozialer Sicherheit und Absicherung der individuellen Lebensplanungen eine neue Qualität erhalten. Nicht nur ältere Menschen sorgen sich, ob sie den Entwicklungen jederzeit folgen können. Sie suchen nach einer glaubhaften Verbindung von Heimat und Globalisierung, von Tradition und Fortschritt.

Diese neuen Fragen erfordern auch neue Antworten. Wir werden als CDU nur dann glaubwürdig agieren können, wenn wir die veränderte Wirklichkeit realistisch beschreiben und auf dieser Grundlage realistische Problemlösungen anbieten.

Bei uns haben Werte Zukunft

4. Bei der Suche nach Antworten lassen wir uns leiten vom christlichen Verständnis vom Menschen sowie von den im Grundsatzprogramm beschriebenen Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir sind der Überzeugung, daß dieser Wertekanon zu den unverzichtbaren Grundlagen unserer Gesellschaft gehört. Dies zu akzeptieren ist die Voraussetzung stabilen und erfolgreichen Wandels.

Den Kirchen kommt eine herausragende Bedeutung für die Wertorientierung der Menschen und für die Herausbildung ethischer Normen zu. Für uns ist das Gespräch mit den Kirchen wichtig. Im Einsatz für die unverletzliche Würde des Menschen sehen wir ein gemeinsames Anliegen der CDU und der christlichen Kirchen.

Politische Lösungen müssen von den Menschen als gelebte Grundwerte verstanden werden. Gerade in Zeiten von Veränderungen erwarten die Menschen zu Recht, daß Belastungen und Entlastungen gerecht verteilt werden.

Der Verweis auf die enormen Chancen und die positiven Folgen wirtschaftlicher Dynamik ist nicht ausreichend. Der Versuch von Rot-Grün, den Veränderungsprozessen vor allem durch einen Ausbau staatlicher Maßnahmen zu begegnen, führt in die Irre. Die Antwort auf die veränderte Wirklichkeit darf nicht darin bestehen, daß die Freiheit gegen die Gleichheit ausgespielt wird.

Wir werden unsere Politik nicht grundsätzlich neu bestimmen. Aber wir müssen veränderte Realitäten zur Kenntnis nehmen. Und wo sich über die Jahre widersprüchliche Inhalte eingeschlichen haben, wo Tabuzonen innerparteilicher Diskussion entstanden sind, muß jetzt ein Klärungsprozeß einsetzen. Bestehende Zielkonflikte müssen ehrlich diskutiert und nach breiter Meinungsbildung zu Entscheidungen auf Parteitag führen.

Die Kultur leistet einen wichtigen Beitrag zur Reflexion über Werte und Normen in einer Gesellschaft. Die CDU wird deshalb den Dialog mit all denen verstärken, die kulturell tätig sind.

Wir brauchen zukunftsfähige Konzepte einer nachhaltigen Politik. Die Zwänge des politischen Tagesgeschäftes dürfen nicht den Mangel an politischer Entscheidungskraft in den Fragen von Morgen rechtfertigen.

Wir sind die Volkspartei der Mitte

5. In dem Bewußtsein, daß Werte bei uns Zukunft haben, führen wir die Debatte um die Schaffung der modernsten Gesellschaft Europas. Die CDU versteht sich dabei als die große Volkspartei der Mitte. In ihr verbinden sich wertkonservative, christlich-soziale und liberale Überzeugungen. Sie ist Wertegemeinschaft und politische Heimat.

Wir haben die entscheidenden Weichenstellungen in der Nachkriegsgeschichte vorgenommen. Dabei hat die CDU wichtige Entscheidungen gegen den Widerstand des politischen Gegners durchsetzen müssen. Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Soziale Marktwirtschaft, Westintegration, Wiedervereinigung, vereintes Europa - die CDU hat die Bundesrepublik Deutschland wie keine andere Partei geprägt. Gesellschaftliche Grundströmungen zu prägen - dies bleibt auch unser Anspruch für die Zukunft.

Als Volkspartei sind wir dem Auftrag verpflichtet, Radikale von rechts und links gleichermaßen zu bekämpfen. Wir werden darüber hinaus dafür streiten, daß rechts von der Union keine andere Partei parlamentarische Legitimation erhält.

Wir machen Politik für das gesamte Deutschland

6. Den Anforderungen einer Volkspartei der Mitte werden wir uns gerade auch in den neuen Bundesländern stellen, wo wir uns zum Teil mit Mehrheiten von SPD und PDS konfrontiert sehen. Mit dem Versuch, sich zum Kronzeugen ostdeutscher Interessen zu machen, lenkt die PDS von ihren eigentlichen Zielen ab. Die PDS ist eine linksradikale Partei, die sich in der kommunistischen Tradition der SED befindet. Die PDS spaltet, sie lebt von den Problemen und Rückschlägen beim Aufbau Ost; sie bagatellisiert das DDR-Unrecht und betreibt damit Geschichtsklitterung. Sie ist weder mit schablonenhafter Abwehr noch mit Anbiederung zu bekämpfen. Wir werden uns mit ihrer Politik und ihren kommunistischen und linksradikalen Positionen und Zielen politisch auseinandersetzen.

Nach dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft und angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage als Spätfolge ist es notwendig, daß wir die Menschen davon überzeugen, daß die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung und die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft die tatsächlich beste menschenwürdige und demokratiefähige Alternative darstellen. Dieser Aufgabe werden wir uns vorrangig widmen. Deshalb wollen wir den Aufbau der Volkspartei CDU und ihrer Vereinigungen in den neuen Ländern weiter voranbringen. Nur eine bürgernahe und aktive CDU wird die Menschen überzeugen.

Wir wollen Diskussion und Vielfalt

7. Eine lebendige und offene Diskussion soll auf allen Ebenen die Arbeit der Partei bestimmen. Zu sehr haben die Anforderungen der Regierungsarbeit nach Kompromißsuche und Koalitionstreue auch das Parteileben bestimmt. Wir begreifen die Opposition deshalb auch als Chance, die Parteiarbeit wieder lebendiger werden zu lassen. Wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht, sind Tabus und Denkverbote fehl am Platz. Niemand muß sich für seine Überzeugung oder Meinung entschuldigen - weder in der Mehrheits- noch in der Minderheitsposition. Wer Mitglied der CDU wird, muß unkompliziert und effektiv in die Arbeit und Meinungsbildung unserer Partei eingebunden werden. Zentrales Ziel ist es, die besten Lösungen durch eine breite Debatte aller Sachfragen zu finden und nach einer Entscheidung diese geschlossen zu vertreten. Wir wollen

auch den Bundesausschuß stärker nutzen, die politische Meinung der CDU öffentlich darzustellen.

Die CDU war immer stark, wenn die Volkspartei in ihrer ganzen Breite sichtbar war. Das große Spektrum der CDU wird insbesondere in ihren Vereinigungen sichtbar: Arbeitnehmer und Wirtschaft, Jugend und Senioren, Vertriebene und Aussiedler, Alleinerziehende sowie erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen haben ihren festen Platz in der Union. Diese Breite ist auf allen Ebenen bei der Personalauswahl zu berücksichtigen. Wenn wir mehr Mitglieder in die Verantwortung einbeziehen wollen, bedeutet dies auch, daß sich Funktions- und Mandatsträger stärker auf einzelne Aufgaben konzentrieren. Dies fördert die Qualität der Aufgabenerfüllung und die innerparteiliche Kreativität. Ein Parteimitglied soll nicht mehr als drei Vorstandsämter gleichzeitig ausüben. Dieser Grundsatz trägt zur personellen Erneuerung bei und stärkt den Charakter als Volkspartei, wenn es gelingt, möglichst viele Mitglieder in die Verantwortung einzubeziehen. Um mehr aktive Mitwirkung zu ermöglichen, ist zu prüfen, ob verstärkt Mitgliederversammlungen durchgeführt werden sollten.

8. Wir wollen junge Menschen besonders fördern. Permanente Erneuerung ist auf Dauer nur möglich, wenn der Nachwuchs eine Chance erhält. Es sollte uns mit Sorge erfüllen, wenn das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft über längere Zeit steigt. Wir wollen diesen Trend umkehren und mehr junge Menschen für die Mitarbeit in der CDU begeistern. Wir trauen jungen Menschen etwas zu. Die Erhaltung der Lebensperspektiven der jungen Generation sind für die CDU von besonderer Bedeutung.

Eine der Hauptaufgaben ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen mit gleichen Chancen in Gesellschaft und Partei. Trotz vielfacher Anstrengungen sind Frauen in der CDU in den Entscheidungspositionen und in Mandaten noch unterrepräsentiert. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ist notwendige Vorbedingung dafür, daß die Sichtweisen und Belange von Frauen in ihren unterschiedlichen Lebensperspektiven adäquate Berücksichtigung finden und um uns das Vertrauen der Wählerinnen zurückzubringen.

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben ihren festen Platz in der Union und leisten unverzichtbare Beiträge für unsere Arbeit. Wir wollen den Erfahrungsschatz und die Einsatzbereitschaft älterer Menschen verstärkt in unsere Arbeit einbinden. Die CDU bekennt sich zur Solidarität und gegenseitiger Unterstützung der Generationen. Lebens- und Entfaltungschancen, aber auch damit verbundene Pflichten und Belastungen müssen zwischen den Generationen gleichmäßig und gerecht verteilt sein.

9. Mit flexiblen und offenen Formen der Parteiarbeit wollen wir den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. Die traditionellen Parteibindungen in der Wählerschaft verlieren an Bedeutung. Um so wichtiger sind Möglichkeiten für eine gezielte Mitwirkung in Arbeitskreisen, Projektgruppen und Fachausschüssen. Die CDU muß sich auf allen Ebenen dem Sachverstand von engagierten und interessierten Mitbürgern öffnen. Neben der besseren Einbindung des Kreativpotentials in den eigenen Reihen wird auf diese Weise auch für Interessierte der Zugang zur parteipolitischen Arbeit gefördert und die Gewinnung von qualifizierten Seiteneinsteigern, die in Zukunft eine stärkere Rolle spielen werden, erleichtert.

Als moderne Bürgerpartei muß die CDU in Zukunft noch stärker als bisher dort präsent sein, wo die Bürger leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen.

Neue Mitglieder sind für uns Chance und Herausforderung zugleich. Wir wollen, daß sie sich in der CDU wohl fühlen und mit ihren Fähigkeiten und Interessen einbringen können. Das bedeutet, daß die Einbeziehung neuer Mitglieder in die Meinungsbildung auf allen Ebenen und generationenübergreifend intensiviert werden muß.

10. Gerade der Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern für Mandate bei Direktwahlen kommt hohe strategische Bedeutung zu. Die Qualifikation für diese herausgehobenen Aufgaben muß nicht zwingend innerparteilich erworben sein.

Die Verantwortung für die Zukunft der CDU tragen Frauen und Männer, Junge und Alte. Wir brauchen Erfahrung, aber die Erneuerung ist ebenso notwendig. Die CDU braucht jetzt vor allem Offenheit, Selbständigkeit und eine innere Kultur der Courage und Toleranz.

Als Bürgerpartei stehen wir mitten im Leben

11. Die CDU hat sich in ihrer Geschichte erfolgreich zur Mitgliederpartei entwickelt. Jetzt gilt es, die Entwicklung von der Mitgliederpartei zur Bürgerpartei konsequent weiterzuverfolgen. Die CDU muß als modernes Dienstleistungsunternehmen für unser Land und für unsere Demokratie handeln und wahrgenommen werden.

Die CDU steht mitten im Leben. In unserer Verwurzelung durch die Orts- und Kreisverbände liegt eine unserer Stärken. Diese Stärke wollen wir nutzen, um Brücken zu bauen in alle Bereiche der Gesellschaft. Notwendig ist der breite Dialog mit dem sog. "vorpolitischen Raum". Hier kommt den Vereinigungen eine besondere Bedeutung zu. Eine Volkspartei kann ihrem Namen nur gerecht werden, wenn sie in allen gesellschaftlichen Gruppen verankert ist. Offene Arbeitskreise, Diskussionsforen und Sprechstunden fördern den Dialog mit dem sogenannten "vorpolitischen Raum". Als moderne Bürgerpartei muß die CDU dort präsent sein, wo die Bürger leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Wo die Gesprächsfäden abgerissen sind, wollen wir sie neu aufnehmen. Unsere Geschäftsstellen und die Büros der Mandatsträger sollten eher den Charakter von Bürgerbüros als von Verwaltungseinheiten haben.

12. Wir bekräftigen unsere Absicht, die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker in die Parteiarbeit einzubeziehen. Es gilt, die Kontakte mit Ausländerbeiräten und Vereinen von Ausländern zu vertiefen. Anliegen und Probleme von Ausländern müssen mehr als bisher Eingang in unsere politische Arbeit finden. In Regionen mit hohem Ausländeranteil sollte in den Kreisverbänden der CDU grundsätzlich ein Mitglied des Kreisvorstandes die Funktion eines Ausländerbeauftragten übernehmen. Darüber hinaus erfordert gelebte Integration auch die Teilhabe ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Entscheidungsprozessen in der Partei. Dort, wo es Gruppen in Ausländerbeiräten gibt, die der CDU nahestehen, müssen diese die Unterstützung der örtlichen CDU erhalten.

Ferner wollen wir dem Wahlrecht von EU-Bürgern bei Kommunalwahlen dadurch Rechnung tragen, daß ausländische Mitbürger als Kandidaten aufgestellt und aussichtsreich plaziert werden.

Wir werden neue Kommunikationswege gehen

13. In den vergangenen Jahrzehnten hat das Argument des "Informationsvorsprungs" als Motiv für eine Parteimitgliedschaft dramatisch an Bedeutung verloren. Die traditionellen Informationswege können nur noch selten mit der Geschwindigkeit der elektronischen Medien mithalten. Durch die Vielzahl an Hintergrundberichten

und Talkshows verliert auch die Information "aus erster Hand" von den Mandatsträgern an Bedeutung. Um so wichtiger ist es, daß die Mitglieder diskutieren und entscheiden können. Die Informationsfunktion, welche die CDU als Partei zweifellos zu erfüllen hat, muß daher durch eine erweiterte Beteiligungsfunktion ergänzt werden.

Beim Dialog und bei der politischen Informationsvermittlung sollten verstärkt moderne Formen genutzt werden. Das bedeutet auch, daß die CDU ihr Kommunikationsverhalten und die Kommunikationsformen an das Medienverhalten der Bevölkerung und die technologische Entwicklung konsequent anpaßt.

Im Zeitalter des Internet besteht die große Chance, eine neuartige Kommunikation zwischen Bürgern, Mitgliedern und allen Ebenen der Partei herbeizuführen. Schnelle Kurzinformationen und Umfragen unter Mitgliedern werden im Informationszeitalter einfach und preiswert durchzuführen sein. Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand daher auf, der elektronischen Vernetzung der Mitglieder mit den Geschäftsstellen in den nächsten Jahren hohe Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Nicht zuletzt wird die Kommunikationsfähigkeit der Parteien über ihre Zukunftschancen entscheiden.

Alle diese Aufgaben können nur im Zusammenwirken zwischen Mitgliedern, hauptamtlich Beschäftigten und den Parteiführungen auf allen Ebenen erfüllt werden. Die gesamte Partei ist aufgerufen, die Fortentwicklung und Modernisierung unserer gemeinsamen Partei als fortdauernde Aufgabe zu begreifen.

Im Mittelpunkt der Kommunikation steht für uns der Mensch. Deshalb bleibt das Gespräch von Mensch zu Mensch, die unmittelbare persönliche Ansprache der Bürgerinnen und Bürger nicht nur unverzichtbar; es gewinnt zunehmend an Bedeutung. Auch hier muß die CDU neue Wege gehen. Aufgrund geänderter Lebensgewohnheiten und einer individualisierten Freizeitgestaltung beteiligen sich immer weniger Menschen aktiv am sozialen und gesellschaftlichen Leben ihrer Gemeinde. Die CDU wird sich deshalb auf den Weg zu den Bürgerinnen und Bürgern machen. Denn die Menschen heute wollen mit ihren Sorgen und Nöten zu Hause abgeholt werden. Die Menschen wollen sehen, daß die Politikerinnen und Politiker sich um sie bemühen.

II. Wo Werte Zukunft haben:

Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen

14. Wir Christliche Demokraten stellen uns den Herausforderungen, die mit dem tiefgreifenden Wandel unserer Zeit verbunden sind. "Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen." Mit diesem Satz beschreibt unser Zukunftsprogramm das zentrale Ziel unserer Politik. Unser Anspruch ist es, den Weg zu diesem Ziel auf der Grundlage unserer Leitbilder, Werte und Überzeugungen konkret auszugestalten. Dieses Ziel können wir erreichen, wenn wir die Freiheit des einzelnen und seine Verantwortung stärken. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir internationale Maßstäbe an die Leistungsfähigkeit unseres Landes anlegen. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir einen gerechten sozialen Ausgleich organisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch unter veränderten Bedingungen sicherstellen.

Wettbewerbsfähigkeit stärken - Für Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit

15. Die Globalisierung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitswelt und den Arbeitsmarkt. Daraus ergibt sich ein weitreichender Reformbedarf nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Internationalisierung der Wirtschaft wollen wir mit einer Politik begegnen, die die Chancen nutzt und neue Arbeitsplätze schafft.

Dabei wollen wir neue Akzente setzen mit einer konsequenten Politik für mehr Beschäftigung, einer modernen Steuer- und Finanzpolitik, der zukunftsfähigen Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der optimalen Förderung des innovativen Potentials in Deutschland.

Beschäftigungschancen konsequent nutzen

16. Wir wollen, daß jeder, der am Erwerbsleben teilnehmen möchte, dazu eine Chance erhält. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. "Arbeit für alle" ist erreichbar, wenn alle Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze konsequent ausgeschöpft werden. Wer die vorhandene Arbeit lediglich umverteilen will, kapituliert vor dem Problem.

Ein "Bündnis für Arbeit" und jeder andere Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen wird unter Wahrung der individuellen Verantwortung aller Beteiligten nur Erfolg haben, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft insgesamt garantiert und der Zugang zum Arbeitsmarkt nachhaltig verbessert wird.

17. Daran arbeiten wir:

Wir treten ein für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Stetiges und ausreichendes Wachstum wird dazu beitragen, die Probleme auf dem Beschäftigungsmarkt zu lösen.

- Der Mittelstand ist Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik wollen wir vorrangig mittelstandsgerecht gestalten. Neue Arbeitsplätze werden vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen.
- Wir wollen dafür sorgen, daß gesellschaftliche Tabus, die ganze Beschäftigungsfelder verschlossen halten, aufgebrochen werden. In diesem Sinne werden wir uns dafür einsetzen, daß auch die Übernahme einfacher Tätigkeiten wieder selbstverständlich wird. Dabei muß der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muß mehr Einkommen haben, als wenn er nicht arbeitet. Die Regelungen der Sozialhilfe und der staatlichen Transferleistungen müssen diesem Grundsatz stärker Rechnung tragen.
- In der globalisierten Wirtschaft hängt die Beschäftigung vom Grad der Flexibilität ab. Wir wollen das Verständnis dafür schärfen, daß neue Arbeitszeitmodelle und moderne Arbeitsorganisationsformen neue Arbeitsplätze schaffen und sichern. Wer Flexibilität primär als Bedrohung versteht, vergeudet zusätzliche Beschäftigungschancen. Wir wollen Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt abbauen und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt unterstützen.
- Wir treten dafür ein, daß allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Beschäftigungs- oder Ausbildungschance angeboten wird.
- Wir wollen, daß der Übergang zu differenzierten und individuellen Arbeitszeiten forciert wird. Arbeitszeitkonten, Monats- und Jahreszeitmodelle und ähnliches müssen noch stärker als bisher realisiert werden. Die Möglichkeit einer Altersteilzeit in Form eines fließenden

Übergangs in den Ruhestand ist sinnvoll und entspricht den Wünschen vieler älterer Arbeitnehmer.

- Wir wollen auch die staatliche Förderung der Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand weiter ausbauen, damit dieses Instrument für Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch attraktiver wird.
- Wir fordern die Tarifpartner auf, verstärkt ergebnisabhängige Komponenten sowie attraktive Formen der Mitarbeiterbeteiligung in die Tarifabschlüsse einzubeziehen. Die Tarifpolitik muß dem Ziel der Beschäftigungssicherung und -schaffung verpflichtet sein.
- Wir wollen eine neue Kultur der Selbständigkeit fördern. Selbständige schaffen Arbeit - für sich selbst und andere. Wir wollen die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischen Risikos fördern. Dazu gehört auch, daß jeder für den Fall des Scheiterns eine neue Chance erhält. Die bürokratische Neuregelung der sogenannten "Scheinselbständigkeit" lehnen wir ab, weil sie den Schritt in die Selbständigkeit verhindert.
- Wir wollen junge innovative Unternehmen besonders unterstützen durch spezielle Förderprogramme, mit einer erleichterten Zuführung von Risikokapital und umfassenden Beratungsangeboten. Der Parteitag bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktionen, die Existenzgründer-Initiative aus den Jahren 1997/98 weiterzuentwickeln und fortzuführen.

Niedrige Steuern für alle!

18. Voraussetzung für die Teilhabe aller am wirtschaftlichen Erfolg ist eine Finanz- und Steuerpolitik, die auf Entlastung von Arbeitnehmern und Betrieben sowie auf die Beschränkung staatlicher Aktivität zugunsten wirtschaftlicher Freiheit des einzelnen setzt.

Wir haben ein umfassendes Konzept zur Modernisierung des deutschen Steuersystems vorgelegt, das in seinen Grundzügen nach wie vor richtig ist, denn es entlastet spürbar Arbeitnehmer und ihre Familien, kleine, mittlere und große Unternehmen. Wachstum und Kaufkraft werden gestärkt. Leistung wird belohnt.

19. Daran arbeiten wir:

- Eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Steuerpolitik muß die richtige Antwort auf die Herausforderung durch die Globalisierung geben. Wir fordern deshalb eine Neugestaltung des Steuersystems, das Steuerwahrheit, Steuerklarheit und Steuergerechtigkeit wieder herstellt. Eine Steuerkultur muß geschaffen werden, die den Bürger und dessen Leistungsfähigkeit nicht über Gebühr strapaziert und die Einhaltung der Steuermoral wieder attraktiv werden läßt. Steuergesetze „mit Verfalldatum“ darf es nicht mehr geben, da Planungssicherheit von zentraler Wichtigkeit für Investitionen und Beschäftigung ist.

Es ist ein Gesamtsystem zu schaffen, das Doppelbelastung entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vermeidet.

Die Zahl der Steuern und die Art der Steuern ist zu überprüfen und zu reduzieren. Es sollen lediglich die Steuern beibehalten werden mit einem Aufkommen über 10 Mrd. DM. Die anderen sind ersatzlos mit Übergangsfristen zu streichen. Diese „großen“ Steuern sollen mit Blick auf europäische Vergleichbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit umgestaltet werden.

Es ist ein gemeinsamer Code fiscal anzustreben, der die steuerlichen und rechtlichen Grundregeln europaweit festlegt. Eine Harmonisierung der

Bemessungsgrundlagen wäre wünschenswert, für die Gestaltung der Steuersätze ist jedoch eine Wettbewerbslösung anzustreben. Der Wettbewerb der Steuersätze sorgt für ein für die Steuerbürger und Unternehmen bezahlbares Steueraufkommen.

- Wir treten ein für eine Politik der konsequenten Ausgabenbegrenzung mit dem Ziel, die Staatsquote schrittweise auf etwa 40 Prozent zu senken. Unser mittelfristiges Ziel ist es, zu einem Haushalt ohne Netto-Kreditaufnahmen zurückzukehren. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich diesem Ziel zu verpflichten und eine entsprechende mittelfristige Finanzplanung vorzulegen.
- Wir wollen prüfen, welche Subventionen schrittweise abgebaut werden können und ob zu einem System der "sunset legislation", also der kontinuierlichen Reduktion der Subventionen durch automatische zeitliche Begrenzung, übergegangen werden kann.
- Wir befürworten den Grundsatz, daß die öffentliche Hand verpflichtet sein muß, den Abbau öffentlicher Verschuldung unmittelbar mit einer Senkung der steuerlichen Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu verknüpfen.
- Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Petersberger Beschlüsse zur Steuerpolitik unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung von Familien weiterzuentwickeln.

Wir wollen den Sozialstaat zukunftsfest machen

20. Demographischer Wandel sowie erhöhte Individualität und Flexibilität stellen neue Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme. Häufigere Berufswechsel, Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit, selbstgewählte "Auszeiten" sowie die Zunahme von Mehrfacheinkünften verdeutlichen einen radikalen Wechsel in der Arbeitswelt, der einen großen Anpassungsbedarf der sozialen Sicherungssysteme mit sich bringt. Dabei kommt es darauf an, die notwendigen Leistungen sicherzustellen, die Flexibilität der sozialen Sicherungssysteme zu erhöhen und zugleich die Eigenverantwortung zu stärken.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen durch materielle und immaterielle Anreize so gestaltet werden, daß sie solidarisches, verantwortungsbewußtes Handeln des Einzelnen ermöglichen, fordern und stärken.

21. Daran arbeiten wir:

- Der Parteitag beauftragt den Bundesvorstand, das Rentenreformkonzept 1999 weiterzuentwickeln im Hinblick auf die Hinterbliebenenversorgung, die Neuordnung der familienpolitischen Leistungen in der Rentenversicherung sowie die eigenständige Alterssicherung von Frauen.
- Im Rahmen der hierzu notwendigen Diskussion werden wir der Frage nachgehen, ob das bestehende System der sozialen Sicherung auf längere Sicht Bestand haben kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob es praktikable Alternativen zu der zur Zeit engen Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an die Beschäftigungsverhältnisse gibt.
- Wir werden ein Konzept für eine durchgreifende Reform der Sozialhilfe vorlegen. Vorrangig sind dabei folgende Reformziele:
 - Pauschalisierung der Hilfe zum Lebensunterhalt
 - Wahrung des Lohnabstandsgebotes
 - Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Hilfeempfängers
 - Vereinfachung der Verwaltungsabläufe
 - Verpflichtung der Hilfeempfänger zu gemeinnütziger Tätigkeit
 - Aktive Anreize für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger zur Rückkehr bzw. zum Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt.

- Wir werden das Kombilohn-Modell weiterentwickeln, das insbesondere Langzeitarbeitslosen neue und gute Chancen für die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt bietet.
- Ferner werden wir ein Konzept zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge entwickeln. In Zukunft müssen die Arbeitnehmer mobil bleiben können, ohne erworbene Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge zu verlieren. Dabei dürfen Personen, die aus Gründen der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen vorübergehend ausscheiden, nicht negativ betroffen werden.
- Der Bundesvorstand wird gebeten, ein Konzept "Sozialstaat 21" zu erarbeiten, das spätestens auf dem Bundesparteitag 2001 beraten werden soll.

Innovationen für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten

22. Innovationen schaffen Arbeit. In der modernen Welt werden wir unseren Spitzenplatz nur dann erfolgreich sichern können, wenn wir bei neuen Technologien und Dienstleistungen eine führende Rolle spielen. Dazu bedarf es eines unternehmens- und technologiefreundlichen Klimas sowie einer strategisch ausgerichteten Innovationsförderungs politik. Es gilt, den Ideenreichtum und die Kreativität der Menschen zu fördern. In diesem Sinne wollen wir Deutschland zum modernsten Wissenschafts- und Innovationsstandort in Europa entwickeln.

23. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen die Chancen, die in Kommunikationstechnologie, Gentechnik und Biotechnologie, Umwelttechnologie, modernen Energieträgern und neuen Verkehrstechnologien stecken, nutzen. Allein der Bau der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin bietet 18.000 Menschen eine Beschäftigungschance. Wir werden diese Technologie weiterverfolgen und so schnell wie möglich umsetzen. Wir wollen sie als eine Alternative zum innerstaatlichen Flugverkehr prüfen.
- Um das geistige Potential unserer Wissenschaftler voll auszuschöpfen, wollen wir die innovationshemmenden Fächer- und Disziplinengrenzen durchlässiger machen und die starre Unterscheidung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung überwinden. Wir wollen uns deshalb noch stärker als bisher dafür einsetzen, daß Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung von Anfang an mit in Leitprojekte eingebunden werden. Den Aufbau von Kompetenzzentren wollen wir vorantreiben.
- Wir wollen darauf hinarbeiten, daß mehr Wettbewerbselemente in der Forschungsförderung Einzug halten, die Innovationsförderung entbürokratisiert wird und Gesetze und Verwaltungsvorschriften regelmäßig auf innovationshemmende Wirkungen hin überprüft werden, um die Effizienz der Forschungsförderung zu erhöhen.
- Wir wollen mehr Chancen für Nachwuchswissenschaftler, insbesondere für Frauen. Gegebenenfalls müssen dafür die Strukturen der staatlichen Forschungseinrichtungen geändert werden.
- Wir treten dafür ein, daß technischer Fortschritt immer auch einem ethischen Maßstab unterliegen muß. Die CDU will einen Beitrag dazu leisten, daß in Wissenschaft und Gesellschaft rechtzeitig über Richtung und Grenzen der Forschung und der Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse diskutiert und ein möglichst breit fundierter gesellschaftlicher Konsens gefunden wird. Die CDU setzt eine Kommission ein, die sich intensiv mit Fragen der ethischen Dimension von Wissenschaft und Forschung befassen soll und die einem nachfolgenden Parteitag einen Bericht vorlegen wird.

Bildungsreform - Für eine zukunftsfähige Gesellschaft

24. Bildung und Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung bestimmen ganz wesentlich die Modernität unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Für uns ist Bildung der Schlüssel zu individuellen Lebenschancen, internationaler Konkurrenzfähigkeit und Wohlstand. Sie ist Teil des geistigen Generationenvertrags. Das deutsche Bildungssystem soll eine international führende Position einnehmen. Wir brauchen daher eine grundlegende Bildungsreform, die vorrangig auf eine Stärkung der Eigenverantwortung und der Leistungsorientierung setzt. Dabei gehören Wissens- und Wertevermittlung zusammen; Lehren und Erziehen sind gleichermaßen wichtig. Der Sport leistet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung.

Im Zeitalter von Globalisierung und Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist Bildung der Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Bildung wird zum Schlüssel für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Bildung ist damit auch ein Kernelement von vorausschauender Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Angesichts des raschen technologischen Wandels und des stetigen Wissenszuwachses muß Weiterbildung zum festen Bestandteil der Berufs- und Lebensplanung werden, da künftig in keinem qualifizierten Tätigkeitsfeld eine einmal abgeschlossene Berufsausbildung für ein ganzes Berufsleben reichen wird.

25. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungswesens und die Anwendbarkeit des von den Schülern erworbenen Wissens auf den Prüfstand nationaler und internationaler Leistungsvergleiche stellen. Leistungsvergleiche zwischen den Ländern, eine höhere Transparenz dessen, was in unseren Schulen gelernt wird und zentrale Prüfungen in allen Schulformen sollen die Qualität der Bildung in allen Bundesländern sichern. Dies ist auch unabdingbare Voraussetzung für die Vergleichbarkeit und wechselseitige Anerkennung aller Bildungsgänge. Deshalb fordern wir zentrale Prüfungsformen, die eine landesweite und länderübergreifende Vergleichbarkeit sicherstellen. Die Aufgaben der KMK sind entsprechend neu zu definieren.
- Bildungsabschlüsse sollten generell schneller als gegenwärtig erreichbar sein. Wir wollen, daß die allgemeine Hochschulreife nach 12 Schuljahren zur Regel wird.
- Der zunehmenden Globalisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt muß eine verstärkte internationale Orientierung der Bildung entsprechen. Wir fordern die Einführung der ersten Fremdsprache ab der 1. Grundschulklasse. Wir wollen erreichen, daß zumindest an Gymnasien zwei Fremdsprachen bis zum Abschluß unterrichtet werden.
- Wir brauchen eine konsequente Überprüfung der Lehrinhalte im Blick auf neue Berufs- und Technologiefelder. Wir wollen, daß moderne technologische Entwicklungen so früh wie möglich in den Lehrplänen und in der Lehrerfortbildung berücksichtigt werden.
- Auch die technische Ausstattung der Bildungsstätten muß Schritt halten. Wir treten deshalb dafür ein, daß alle weiterführenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen mit Internet-Anschlüssen und Computern in ausreichender Zahl ausgestattet werden.
- Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen steht und fällt mehr denn je mit der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Lehrkörper. Die Dynamik des internationalen Bildungswettbewerbs muß sich daher stärker in der Arbeitsstruktur der Hochschullehrer wiederfinden. Wir wollen deshalb, daß Professuren zukünftig auch auf Zeit vergeben und Hochschullehrer nicht ausschließlich als Beamte eingestellt werden.

- Wir treten ein für die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Die Hauptschule ist auch in Zukunft unverzichtbar als Bildungsgang für Kinder, die handlungs-, anschauungs- und praxisorientiert lernen. Die Hauptschule ist im besonderen Maße auf Durchlässigkeit angewiesen, wenn sie auch in Zukunft von den Eltern angenommen werden soll.
- Wir wollen, daß Bildung auch ein Weg zur verbesserten Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher wird. Dies gilt vorrangig für den sicheren Erwerb der deutschen Sprache; notwendig sind aber auch fundierte Kenntnisse unserer Geschichte, Rechtsordnung und Kultur.
- Im Sinne der Chancengerechtigkeit unterstützen und fördern wir Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensproblemen. Wir wollen aber auch den Gedanken einer verantwortungsorientierten Leistungselite in Deutschland wieder neu etablieren. Deshalb wollen wir Stipendien für Hochbegabte ausweiten und durch gezielte Programme die Förderung für herausragend Begabte in den Schulen und Hochschulen verstärken. Das gegliederte Schulwesen ist am ehesten in der Lage, Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, brauchen wir mehr Betreuungsangebote in allen Schulformen: die betreuende Halbtagschule mit verlässlichen Öffnungszeiten oder Ganztagschulen mit Betreuung über Mittag und am Nachmittag.
- Angesichts einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung wollen wir Strategien entwickeln, um die Arbeitnehmer auf die Anforderungen des technologischen Wandels vorzubereiten. Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten müssen verstärkt auch Angebote der Weiterbildung für Berufstätige entwickeln und anbieten.
- Die CDU wird die Frage zeitgemäßer Bildungsinhalte neu aufgreifen und in einem breit angelegten öffentlichen Dialog klären, was Schule, Hochschule und Weiterbildung leisten müssen, um auf die Welt des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Als Ergebnis dieser Diskussion ist einem Parteitag im Jahr 2000 der Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms vorzulegen.

Politik für Familien - Politik für die Zukunft

26. Auch in Zeiten des Wandels ist Familie die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Die Entscheidung für Kinder ist die wichtigste Zukunftsvorsorge eines Volkes. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Menschen Erfahrungen mit Kindern machen können, wird menschlich arm. Kinder verdienen eine Lebenswelt, die ihnen die bestmöglichen Entwicklungschancen bietet. Ihr Wohl ist in erster Linie Aufgabe der Eltern, aber auch Verpflichtung für die gesamte Gesellschaft. Wir brauchen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

Es bleibt auch im 21. Jahrhundert eine familienpolitische Kernaufgabe, Familienarbeit und Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern noch besser vereinbar zu machen. Wir brauchen familiengerechte Jobs statt jobgerechter Familien.

Es liegt in der freien Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, in welcher Weise sie ihre partnerschaftlichen Beziehungen leben wollen. Wir respektieren den Willen, in Partnerschaften ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. Eine rechtliche Gleichstellung solcher Lebensformen mit der Ehe würde unserem Leitbild von Familie widersprechen. Dem Verfassungsgebot des Grundgesetzes "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung" fühlen wir uns vorrangig verpflichtet.

27. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen, daß sich junge Menschen in Zukunft leichter als bisher für die Gründung einer Familie und für Kinder entscheiden können. Wir stellen die Familie in den Mittelpunkt unserer gesellschaftspolitischen Anstrengungen. Deshalb wollen wir uns zunächst vorrangig mit einer Neukonzeption des Familienleistungsausgleichs nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes beschäftigen.
- Wir wollen die finanziellen Voraussetzungen weiter verbessern, damit Erziehende eine wirkliche Wahl haben, sich für Familie und Kindererziehung oder für eine Verknüpfung von Kindererziehung und Erwerbsarbeit zu entscheiden.
- Die CDU plädiert für die Beibehaltung des Ehegattensplittings - auf mittlere Sicht streben wir ein Familiensplitting an, das Familien mit Kindern stärker als bisher entlastet.
- Die Erziehungsleistung in der Familie muß aufgewertet werden. Arbeit ist nicht nur außerhäusige Erwerbstätigkeit. Wir wollen die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht ausbauen. Ferner wollen wir eine deutliche Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder außerhalb der Schulzeiten verwirklichen. Das Engagement von Kirchen, Vereinen und Verbänden sowie der Zusammenschluß von Eltern in ehrenamtlichen Initiativen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist zu fördern.
- Wir werden den von der CDU geschaffenen dreijährigen Erziehungsurlaub mit Weiterbeschäftigungsgarantie im Lichte gewandelter Bedürfnisse von Eltern weiterentwickeln, ohne dabei die Realitäten am Arbeitsmarkt aus den Augen zu verlieren. Eine flexiblere Nutzung des Erziehungsurlaubs - zum Beispiel das Aufteilen auf verschiedene Erziehungsphasen - kann Eltern wie Betrieben entgegenkommen.
- Kinder, die bei alleinerziehenden Elternteilen aufwachsen, dürfen dadurch keine Nachteile haben. Die besondere Förderung alleinerziehender Mütter und Väter ist ein Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit.
- Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, bis zu einem Kleinen Parteitag im Herbst 1999 ein Konzept "Familie 2000" vorzulegen.

Globale Verantwortung wahrnehmen

28. Durch die Globalisierung rückt die Welt enger zusammen. Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten nehmen für alle zu. Gleichzeitig haben regionale wirtschaftliche, ökologische und politische Krisen zunehmend weltweite Auswirkungen. Dies erfordert heute eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und globale Lösungsstrategien. Das gilt für die Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso wie für die Ökologie, die Einhaltung von Menschenrechten und die Frage einer verbesserten weltweiten Chancengerechtigkeit.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei eine auf Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Bildung abzielende internationale Entwicklungszusammenarbeit. Eine solche zukunftsorientierte Entwicklungspolitik sollte sich in stärkerem Maße mit der Globalisierung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern befassen. Damit ist auch eine Förderung neuer Absatzmärkte in der Region verbunden.

Nachhaltige Entwicklung - Für neue Wege in der Umweltpolitik

29. Wir treten dafür ein, nationale Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes zu verstärken und globale Strategien zu entwickeln, um die Erde lebenswert zu erhalten. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Wahrnehmung der sozialen

Verantwortung stellen für uns eine Einheit dar. Die Bewahrung der Schöpfung sowie der Erhalt und die Pflege einer intakten Umwelt - auch im Interesse zukünftiger Generationen ist das Leitbild, an dem wir uns orientieren.

Wir wollen eine sichere Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit ausreichender und bezahlbarer Energie unter bestmöglicher Schonung der Umwelt erreichen. Die Liberalisierung des europäischen Strommarktes wird die geeignete Grundlage dafür sein. Im Sinne einer nachhaltigen Energiepolitik darf die Aufnahmefähigkeit der Umwelt bei der Freisetzung von Stoffen nicht überfordert werden. Ein Ausstieg aus der Kernenergie ohne klimaverträgliche Alternative ist unverantwortbar.

Deshalb treten wir auch weiterhin für einen Energieträgermix von Öl, Gas, Kernenergie, Kohle und regenerativen Energien ein.

Ein Ausstieg aus der Kerntechnik in Deutschland ist immer auch ein Ausstieg aus dem deutschen Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards; unser Engagement für weltweit mehr Sicherheit bei der Kernenergienutzung würde dadurch definitiv beendet. Gerade ein industriell und technisch führendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland muß auch international Verantwortung für die Nutzung schwieriger Techniken tragen. Deshalb muß auch weiterhin Forschung im Bereich der Kerntechnologie betrieben werden.

30. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen das Verursacherprinzip durch ordnungspolitische und marktwirtschaftliche Instrumente sowie freiwillige Selbstverpflichtungen stärken. Wer Umweltschäden verursacht, muß belastet werden. In den Preis einer Ware müssen alle Kosten eingehen, von der Produktion über Transport und Konsum bis hin zur Entsorgung. So werden die Preise ehrlicher, und es entsteht ein Anreiz, umweltverträgliche Güter zu produzieren. Ergänzend dazu wollen wir ökologische Elemente im Steuersystem fortentwickeln. Unser Ziel ist die Harmonisierung der Besteuerung von Energie auf europäischer Ebene.
- Wir wollen langfristig die Rolle der regenerativen Energien im Energiemix stärken. Der Bundesfachausschuß "Energie- und Umweltpolitik" wird gebeten, in Zusammenarbeit mit Forschern und Unternehmen ein nachhaltiges Energiekonzept "Energie mit Zukunft" zu entwickeln.
- Wir wollen die Erforschung der Einsatz- und Effizienzsteigerungsmöglichkeiten regenerativer Energien und neuer Energieformen wie der Brennstoffzellentechnik stärker fördern. Außerdem wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, daß über das nationale CO₂-Minderungsziel hinaus die Gefahr der globalen Klimaerwärmung minimiert und Ressourcen geschont werden können.
- Wir wollen in einen neuen Dialog zwischen armen und reichen Ländern eintreten. Nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe und unter Berücksichtigung der natürlichen Ressourcen vor Ort sollen Entwicklungshilfeprojekte entworfen werden, die Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz verknüpfen. Über den Bundesfachausschuß "Entwicklungspolitik" wollen wir dazu insbesondere die Kontakte zu Nicht-Regierungsorganisationen intensivieren und Leitprojekte entwickeln.

Innere Sicherheit stärken - Null Toleranz für Rechtsbrecher

31. Die Bürger unseres Landes sollen sich sicher fühlen und sicher sein. Bürger, Staat und Polizei müssen Verbrechensbekämpfung als gemeinsame Herausforderung annehmen. Der Leitsatz unserer Politik gegen Kriminalität lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter.

Daran arbeiten wir:

- Wir wollen eine bürgernahe, präzise Polizei, die sich als Sicherheitspartner der Bürgerinnen und Bürger versteht. Wir unterstützen die Bemühungen der Länder, die technische Ausrüstung der Polizei auf ein aufgabengerechtes hohes Niveau zu bringen.
- Wir wollen den Bundesgrenzschutz verstärkt heranziehen, um gemeinsam mit Polizei und Ordnungsbehörden die Sicherheit auf Bahnhöfen, in Personenzügen und an anderen Sicherheitsbrennpunkten zu verbessern.
- Für uns bedeutet Vertiefung der Europäischen Union vor allem auch verbesserte Möglichkeiten für die Kriminalitätsbekämpfung. Wir befürworten die Ausweitung von EUROPOL.
- Das Abhören von Verbrecherwohnungen muß erleichtert werden; die Ausnahmen für einzelne Berufsgruppen sollen abgeschafft werden. Wir streben zudem die Möglichkeit der optischen Überwachung von Verbrecherwohnungen an.
- Wir wollen schnelle Strafverfahren, die der Tat auf dem Fuße folgen.
- Die Strafandrohung des Gesetzes und die tatsächlich verhängte und verbüßte Strafe müssen sich wieder stärker entsprechen. Mindeststrafe und kürzeste Haftverbüßung dürfen nicht die Regel werden. Der Schutz der Allgemeinheit hat im Zweifel Vorrang. In den offenen Vollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung darstellen. Resozialisierung ist nur dort möglich, wo der Täter resozialisierungsfähig und -willig ist.
- Opfer von Straftaten haben Anspruch auf den besonderen Schutz des Staates. Neben der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches hat das Strafverfahren den Interessen des Opfers an aktiver Teilhabe am und Information über den Verlauf des Verfahrens zu dienen. Der Anspruch des Opfers auf Schadensausgleich soll im Strafverfahren verstärkt Berücksichtigung finden.
- Wer als Ausländer in Deutschland Verbrechen begeht, verwirkt sein Gastrecht und muß abgeschoben werden. Abschiebungen müssen unter Beachtung internationaler Bestimmungen und Verträge schon dann möglich sein, wenn ein ausländischer Straftäter insgesamt zu einem Jahr Haft verurteilt worden ist.
- In schweren Fällen von Jugendkriminalität kann auf die Unterbringung in geschlossenen Heimen nicht verzichtet werden. Für kriminelle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) muß die Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden."

Aktive Bürgergesellschaft - Das ist unser Land

32. Gerade im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und Internet muß Politik einen Beitrag dazu leisten, daß die Menschen in ihrem persönlichen Umfeld eigenverantwortlich ihr Leben gestalten können. Eine menschliche Gesellschaft muß dem einzelnen ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen und sich in vertrauter Umgebung heimisch zu fühlen. Die CDU tritt deshalb nachdrücklich für eine Stärkung der kleinen, überschaubaren Einheiten ein.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der einzelne Mensch in seinen sozialen Bezügen. Unsere Politik hat das Ziel, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß sich möglichst viele Menschen in die Gestaltung unseres Landes einbringen können und sich mit ihren Fähigkeiten, Interessen und Leidenschaften zur Aufgabe der Gestaltung Deutschlands bekennen, indem sie sagen: "Das ist unser Land."

Für eine Gesellschaft freier und verantwortlicher Bürger - Spielraum für kleine Einheiten schaffen

33. Eine freie, solidarische Gesellschaft gelingt dann am besten, wenn sie nach dem Prinzip der Subsidiarität gestaltet wird. Was die Menschen alleine oder im freiwilligen Zusammenwirken leisten können, darf nicht vom Staat übernommen werden. Was die Kommune regeln kann, soll nicht von der Landesregierung erledigt werden. Die Bürgergesellschaft steht für eine andere Dimension der Demokratie, für Dezentralisierung, Teilhabe, Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Gesellschaft.

In den Städten gilt es, durch eine solche Stärkung kleiner Einheiten und durch eine Stärkung der sozialen Beziehungsnetze Menschen aus einem Gefühl der Anonymität herauszuholen und ihnen durch Überschaubarkeit Halt und Orientierung in der Gemeinschaft zu vermitteln. Diese Strukturen haben den Menschen in früheren Zeiten häufig ein Leben lang begleitet. Heute müssen sie vielerorts neu gewonnen und mit Leben erfüllt werden.

34. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen dem Prinzip der Subsidiarität auf allen staatlichen Ebenen und darüber hinaus auch in der Europäischen Union Geltung verschaffen. Subsidiarität funktioniert nur dort, wo es genug Freiräume für eigenverantwortliches Handeln gibt. Deshalb treten wir ein für Deregulierung und Entbürokratisierung, Wettbewerb und Regionalisierung.
- Wir wollen möglichst viele Menschen zum Engagement für unser Land und seine Bürger ermutigen. Das Ehrenamt ist ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für Regelungen ein, die sicherstellen, daß ehrenamtliche Tätigkeit nicht durch Bürokratie behindert wird und daß sie auch als Beitrag zur schulischen und beruflichen Qualifikation anerkannt wird. Ehrenamtlich Tätige dürfen finanziell nicht unzumutbar belastet werden. Mit unserer Initiative für mehr Anerkennung von Selbsthilfe, Ehrenamt und ehrenamtlichen Diensten wollen wir einen Beitrag leisten, daß Deutschland als modernste Gesellschaft Europas immer auch menschliche Gesellschaft mit menschlichen Zügen bleibt.
- Wir wollen überlegen, wie die Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen politischen Ebenen noch besser in die demokratische Verantwortung einbezogen werden können.
- Die Aufgaben des Staates müssen unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neu bestimmt werden. Die CDU wird ein Konzept vorlegen, das die unverzichtbaren Kernaufgaben des Staates benennt und Wege aufzeigt, die Bürgergesellschaft im Sinne der Verantwortungsgesellschaft weiterzuentwickeln.

Föderalismus reformieren - Klare Verantwortung für jede Ebene

35. Unsere Bundesrepublik ist vor 50 Jahren von den Ländern gegründet worden. Das föderale Prinzip hat sich als ein Freiheit bewahrendes und Vielfalt sicherndes Strukturelement unseres Staates bewährt. Die Länder als dezentrale und autonome Entscheidungsträger sichern regionale Identität, Effizienz und Bürgernähe. Der Föderalismus verteilt staatliche Macht und Verantwortung und schafft zusätzliche Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung. Die föderale Struktur Deutschlands kann Vorbild für ein Europa der Regionen sein.

Eine wesentliche Säule im föderalen Aufbau der Bundesrepublik sind die Kommunen. In ihnen wird Demokratie unmittelbar erfahrbar und nur durch bürgerschaftliche Beteiligung möglich. Wir treten ein für eine Stärkung der kommunalen Ebene. Dazu gehört die Beachtung des Konnexitätsprinzips: Die Ebene, die über die Erfüllung einer Aufgabe entscheidet, muß grundsätzlich auch die damit verbundenen Finanzierungslasten tragen.

Einer Stärkung der Eigenverantwortung der Länder muß nach dem Prinzip der Subsidiarität auch eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung entsprechen. Was durch die Kommunen geregelt werden kann, ist zumeist auch die effizientere und bürgerfreundlichere Regelung.

36. Daran arbeiten wir:

- Die CDU will ein umfassendes Konzept zur Modernisierung des Föderalismus in Deutschland vorlegen. Wir werden prüfen, inwieweit die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden muß. Dazu gehört auch ein Konzept für eine neue Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Diese muß die finanzpolitische Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und Gemeinden stärken und dazu beitragen, den Zusammenhang zwischen öffentlichen Ausgaben und der daraus folgenden Steuer- und Abgabenbelastung unmittelbar sichtbar werden zu lassen. Das Konzept soll darüber hinaus aufzeigen, wie dem Gedanken der Regionen in Europa unter den Bedingungen eines modernen Föderalismus in Deutschland verstärkt Rechnung getragen werden kann.
- Wir werden ein kommunalpolitisches Aktionskonzept vorlegen, das Wege zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Rückgewinnung finanzieller Spielräume in den Kommunen aufweist. Gleichzeitig wollen wir mehr Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen in den Städten und Kreisen schaffen.

Nationale Solidarität - Das Band der Einheit

37. Das ist unser Land. Alle Deutschen tragen für jedes seiner Teile gleichermaßen Verantwortung. Auch in Zukunft wird die Überwindung der Lasten der Teilung eine zentrale Aufgabe sein.

Die CDU hat in den Jahren nach der Wiedervereinigung dem Aufbau Ost klare Priorität eingeräumt. In einer beispiellosen Kraftanstrengung haben die Menschen im Osten das Land aufgebaut, und die Menschen im Westen haben durch ihre Transferleistungen nationale Solidarität bewiesen. Auf das in den zurückliegenden Jahren Erreichte können wir Deutschen gemeinsam stolz sein.

Wir appellieren an die Bundesregierung, das bisher hohe Niveau der staatlichen Förderung des Aufbaus Ost auf absehbare Zeit beizubehalten. Auch in Zukunft muß der Aufbau Ost Priorität behalten.

38. Daran arbeiten wir:

Die CDU als Partei der inneren Einheit muß Antwort auf die Frage geben, was unsere Gesellschaft im Kern zusammenhält und auf welche tragenden Werte und Ziele wir uns in Deutschland verständigen können. Notwendig ist eine intensiv geführte, öffentlich wahrgenommene Wertedebatte vor dem Hintergrund sowohl ost- als auch westdeutscher Lebenserfahrungen. Diese Debatte wird die CDU an der Schwelle des 21. Jahrhunderts auf einem Wertekongreß am 15. Mai in Cottbus beginnen. Die Wertedebatte wird in den nächsten Jahren eine permanente Aufgabe bleiben. Nur wenn es uns gelingt, die Verankerung des einzelnen in "seiner" Gesellschaft zu stärken, werden die Anforderungen der zusammenwachsenden Welt in erfolgreicher Weise zu meistern sein.